

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Nikolaus Kramer, Fraktion der AfD

Öffentliche Veranstaltungen der Ministerpräsidentin

und

ANTWORT

der Landesregierung

Am 4. August 2021 schrieb die damalige und heutige Ministerpräsidentin Manuela Schwesig auf ihrem Facebook-Profil: „Postet ein Bild/Selfie mit einem der „Die Frau für MV“-Plakate, den „Fundort“ mitsamt Hashtags [#DieFrauFuerMV](#) sowie [#gemeinsaMVoran](#) und ihr werdet von mir zu einem gemeinsamen Grillabend eingeladen!“.

1. Hat nach Kenntnis der Landesregierung Frau Ministerpräsidentin Schwesig dieses Versprechen beziehungsweise den Grillabend eingelöst?

Wenn ja,

- a) wann fand der Grillabend statt?
- b) wie viele Personen wurden eingeladen?
- c) wie viele Personen nahmen teil?

2. Sofern der Grillabend coronabedingt nicht stattfinden konnte, ist nach Kenntnis der Landesregierung die Durchführung der Veranstaltung zu einem späteren Zeitpunkt geplant?

Wenn ja, wann?

Die Fragen 1 und 2 werden zusammenhängend beantwortet.

Das Frage- und Auskunftsrecht der Abgeordneten sowie die Pflicht zur Beantwortung derselben durch die Landesregierung erstreckt sich gemäß Artikel 40 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit § 62 der Geschäftsordnung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern nur auf solche Sachverhalte, für die die Landesregierung mittelbar oder unmittelbar verantwortlich ist. Im vorliegenden Sachverhalt handelt es sich um Aktivitäten von Frau Schwesig als Privatperson beziehungsweise in ihrer Eigenschaft als Spitzenkandidatin des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Landtagswahl im Jahr 2021. Ersichtlich wird dies aus der Nutzung ihres privaten facebook-Accounts für den in der Vorbemerkung zu Frage 1 genannten Post. Darüber hinaus ist für das dort in Bezug genommene Plakat zur Wahlwerbung presserechtlich der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verantwortlich. Die infolge des Aufrufs durchgeführte Veranstaltung wurde, soweit dies der entsprechenden Medienberichterstattung entnommen werden kann, durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verantwortet.